

HUNDERT JAHRE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

Programmatik und Zielsetzung einer Volkspartei
im Wandel eines Jahrhunderts

Die hundertjährige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie spiegelt sich in ihren Programmen wider. Eine unübersehbare Fülle von Literatur, Protokollen von Parteitag, Anti-Schriften und Erläuterungen zur Politik der deutschen Sozialdemokratie finden sich heute in allen Bibliotheken der Welt. Die nachfolgende Darstellung der Programmatik und Zielsetzung der SPD kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie ist lediglich ein Leitfaden, der es ermöglichen soll, die einzelnen Stationen des Weges der deutschen Sozialdemokratie zu verfolgen.

Günter Markescheffel

* * *

1863 - Der "Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" wird gegründet

Seit ihrem Bestehen befindet sich die freie deutsche Arbeiterbewegung in einem ständigen Prozeß der Auseinandersetzung um ihre Programmatik und ihren Standort in Gesellschaft und Staat. Alle seit 1863 veröffentlichten Programme sind das Ergebnis eines oft langjährigen Gärungsvorganges, der stets die besten Geister jeder Generation zur Stellungnahme zwang; sei es als Helfer beim Durchbruch neuer Ideen, sei es als Gegner.

Aber unabhängig von den aus der jeweiligen Zeit geborenen Erkenntnissen ist immer wieder der unbändige Wille sichtbar, den arbeitenden Menschen mehr Freiheit, mehr Anteil am Reichtum der Welt und mehr Gerechtigkeit zu geben. Die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstehende freie deutsche Arbeiterbewegung führt sich somit als Appell an das Gewissen aller fortschrittlich denkenden Bürger in die Geschichte der Nation ein.

- 2 -

Schon der § 1 des Statuts des im Jahre 1863 gegründeten "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" sagt dies ganz klar. Der § 1 lautet:

"Unter dem Namen Deutscher Arbeiterverein begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalen Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken."

Eine der wichtigsten Bekundungen des § 1 ist das darin zum Ausdruck gebrachte Ziel der "wahrhaftigen Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft". Hier wird bekundet, daß man nicht, wie die Gegner der Sozialdemokratie jahrzehntelang später immer wieder behaupteten, "den Klassenkampf predigte", sondern die Beseitigung der Klassengegensätze herbeiführen will. Der Weg zu diesem Ziel soll mit Hilfe des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auf friedlichem und legalen Wege erreicht werden.

Von Anfang an steht also die deutsche Arbeiterbewegung auf dem Boden des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates; den sie über alle Stürme der Zeit hinweg bis zum heutigen Tage als die dem Menschen würdigste und entsprechendste Gesellschafts- und Staatsform betrachtet.

Als nach den ersten Diskussionen über die Verwirklichung der 1863 dargestellten Ziele erkennbar wird, daß eine politische Partei aussagen muß, wie sie ihre Ziele verwirklichen will, finden wir im "Leipziger Programmentwurf" des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der gleichzeitig Grundlage für die Wahl von 1866 war, einige auch noch für die heutige Zeit gültige Formulierungen.

In diesem Leipziger Programmentwurf wird gesagt, daß sich die Arbeiterpartei der Unterdrückten aller europäischen Länder

"ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung"

annehmen will. Es wird als Ziel ihrer Politik die "Beseitigung der Unterdrückung jeglicher Art" deklariert und die Herstellung des "Europäischen Sozialdemokratischen Staates" gefordert.

Utopisch, aber doch visionär war die damalige Forderung zur "Eroberung des Weltmarktes", die durch einen "europäischen, sozialistischen Staat" erfolgen soll.

"Der gerechte Anspruch"

Sehr realistisch waren dagegen die Forderungen, die auf die Beseitigung der "künstlichen Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen" abzielten. Die damalige Arbeiterpartei will den Staat dadurch erben, daß sie "die gerechten Ansprüche der Mehrheit des Volkes", die sie "die Unterdrückten" nennt; "ihren gerechten Ansprüchen gemäß umgestaltet". Zu diesem Zweck sollen Produktionsgemeinschaften den arbeitenden Menschen helfen, sich vor der Ausbeutung durch die Kapitalbesitzer zu schützen. Gleichzeitig wird die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, unbeschränktes Versammlungsrecht und vollkommene Pressefreiheit gefordert.

Volksebildung

Wie sehr den damaligen Sozialdemokraten schon bewußt war, daß alle ihre Ziele ohne ein gutes Erziehungs- und Bildungswesen nicht verwirklicht werden können, geht aus der 1866 programmatisch verkündeten Forderung nach

"Erzielung der höchstmöglichen Volksebildung, namentlich durch gründliche Verbesserung der Volksschulen"

hervor.

Gerade diese Forderung war für die damalige Zeit revolutionär. Denn bis dahin galt es als selbstverständlich, daß nur die Kinder der sogenannten Oberschicht gute und meist kostspielige Schulen besuchen konnten.

Vorsichtig formuliert die damalige Arbeiterpartei auch schon außenpolitische Ziele. Sie fordert die deutsche Einheit und erstrebt den deutschen Einheitsstaat, "als einen Anfang eines sozialdemokratischen europäischen Staates". Pathetisch klingt der Wahlauf Ruf mit den Worten aus:

"Es lebe die sozialdemokratische Agitation, es lebe das Recht der Freiheit Gleicher, es lebe der von jeder Unterdrückung gereinigte sozialdemokratische Staat!"

Über das Programm des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von Schweitzer, angenommen auf der Braunschweiger Generalversammlung (1867), das Programm der Sächsischen Volkspartei auf der Chemnitzer Generalversammlung (1866), das Programm des Nürnberger Vereinstages der deutschen Arbeitervereine (1868) bis zu dem 1869 in E i s e n a c h beschlossenen Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vollzieht sich der Angleichungsprozeß unterschiedlicher Richtungen der jungen deutschen Arbeiterbewegung, deren einzelne regionale Gruppen häufig sogar ohne genaue Kenntnis voneinander in Aktion getreten waren. In allen Programmentwürfen kommt das Streben nach Überwindung der materiellen u n d geistigen Ausbeutung der arbeitenden Menschen sowie der Drang nach Gleichberechtigung in Gesellschaft und Staat zum Ausdruck.

Millionen verkümmern im Elend

Wie sehr in allen diesen Programmen der damalige Zustand der arbeitenden Menschen, ihre grausame Ausbeutung und ihre ständige Unterwerfung unter mächtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppen erkannt wird, zeigt der folgende, für heutige Zeiten erschütternde Satz im Programm-Entwurf des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von 1867. Da heißt es:

"Damit wenige in schändlichem Überfluß schwelgen können, müssen Millionen im Elend verkümmern. Wahre Zivilisation ist erst vorhanden, wenn in der Gesellschaft nicht nur gesetzlich, sondern auch den tatsächlichen Bedingungen nach allen gleiche Rechte zustehen, wenn jedem die Entwicklung seiner Fähigkeiten und die Teilhabe an den Segnungen der Gesellschaft gesichert sind. Die Grundlage des körperlichen Wohls und der geistigen Vervollkommenung aber sind die materiellen Verhältnisse."

Ein Jahr vorher, 1866, formuliert die Sächsische Volkspartei in Chemnitz schon die Forderung nach Selbstverwaltung der Gemeinden und greift in die Gestaltung der praktischen Politik des Alltags mit dem Vorlangen ein, die Hebung des Rechtsbewußtseins im Volk durch Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung von Geschworenen-Gerichten, namentlich auch in politischen und P r e s s e - Prozessen, und durch die Einrichtung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens zu sichern. Wirtschaftspolitisch interessant ist die Forderung nach Ausbau des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktionsgenossenschaften, "damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde".

"Abschaffung aller Klassenherrschaft"

1869 fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in E i s e n -
n a c h die Bekämpfung

"der heutigen politischen und sozialen Zustände, da diese
im höchsten Grade ungerecht sind".

Ganz entschieden lehnt die sozialdemokratische Arbeiterpartei es
ab, im Kampf um die Befreiung der Arbeiter einen Kampf f ü r Klassen-
privilegien oder -vorrechte zu erblicken. Die Partei will nicht etwa
an Stelle alter Klassenvorrechte neue Privilegien für die Arbeiter
setzen, sondern sagt, daß sie "gleiche Rechte und Pflichten und die
Abschaffung a l l e r Klassenherrschaft" anstrebt.

Als Nahziel fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in
Eisenach die "Einführung der direkten Gesetzgebung mittels Vorschlags-
und Verwerfungsrechte durch das Volk", obligatorischen Unterricht in
den Volksschulen und unentgeltlichen Unterricht in öffentlichen Bil-
dungsanstalten, die Unabhängigkeit aller Gerichte, die Einführung von
Geschworenen- und Fachgewerbegerichten, sowie eine unentgeltliche
Rechtspflege.

Selbstverständlich enthält dieses Programm auch die Forderung
nach Abschaffung aller die Presse und das Vereinswesen einschränkenden
Gesetze, die Einführung eines normalen Arbeitstages, die Einschränkung
der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

Im Ausbau des Genossenschaftswesens durch staatliche Förderung,
auch für freie Produktiv-Genossenschaften, erblickt die damalige So-
zialdemokratie einen Weg zur Überwindung der unmittelbaren Abhängig-
keit der arbeitenden Menschen vom Großkapital, sowie ein Mittel zur
Einflußnahme auf das gesamte Wirtschaftsleben.

Die Synthese

Es war um die damalige Zeit schon eine in der Arbeiterbewegung
kaum noch umstrittene Erkenntnis, daß die Arbeiter in a l l e n Län-
dern dem gleichen Druck durch die Obrigkeit und der gleichen Ausbeutung
ausgesetzt sind. Deswegen wird im Programm von Eisenach erklärt:

"In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine lo-
kale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist,
welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt,
umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpar-
tei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der

Internacionalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschliessend."

So vollzieht sich bis zum Ende der 60-er Jahre des vorigen Jahrhunderts der programmatische Prozeß der deutschen Arbeiterbewegung als eine Synthese des Verlangens nach Abschaffung der wirtschaftlichen Ausbeutung und Forderung nach mehr Freiheit und damit Menschenwürde.

Ursachen der Radikalisierung

Von 1869 bis 1875 drängt sich in der damals jungen deutschen Arbeiterbewegung der Wille nach einer möglichst klaren Definition einer reinen "Arbeiterpolitik" in den Vordergrund. Das ist verständlich, denn gerade in dieser Zeit und besonders nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm sowohl die Industrialisierung wie auch die Ausbeutung der arbeitenden Menschen gigantische Formen an.

Der für Deutschland siegreiche Frankreichfeldzug hatte die nationalistische Hybris als gesellschaftliches Phänomen hervorgebracht und ließ Gedanken an die soziale Verantwortung für das Ganze in den Hintergrund treten. Das "Bündnis von Thron und Altar" galt als Selbstverständlichkeit und die Tatsache, daß sich der damalige Kapitalismus den Staat und Gesellschaft beherrschenden Mächten zur Verfügung stellte, führte auf der Seite der Ausgebeuteten zu entsprechenden Gegenreaktionen. Das obrigkeitsstaatliche Denken war die Maxime der herrschenden Schichten, die auf solche Weise die "Arbeiterklasse" oder den "Arbeiterstand" in die offene Opposition zum Staat drängten.

So ist die Radikalisierung der jungen deutschen Arbeiterbewegung zu verstehen; sie fand 1875 in G o t h a durch das Programm der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" ihren Ausdruck.

Da wird nunmehr von der "Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft" gesprochen. Es heißt, die Befreiung der Arbeiter müsse das Werk der Arbeiterklasse sein, "der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind."

Man fordert die Lösung der sozialen Fragen durch

"die Errichtung von sozialistischen Produktionsgemeinschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes".

Jahrzehntelang hat eine im Programm von Gotha beschlossene Formulierung die Sozialdemokraten daran gehindert, auch in bäuerliche Schichten einzudringen. Da hieß es: "Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht."

Es war ein Leichtes für die herrschenden Mächte, die Bauern gegen die Sozialisten zu mobilisieren. Man brauchte den Bauern nur zu sagen, die Sozialisten wollen "alles gleichmachen" oder "alles aufteilen", um zu verhindern, daß bei Wahlen in ländlichen Gebieten Stimmenerfolge für die Sozialisten zu erreichen waren.

In den anderen Fragen, wie zum Beispiel der Forderung nach Pressefreiheit, der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, des unentgeltlichen Unterrichts in allen Bildungsanstalten, der unentgeltlichen Rechtspflege u.a. gleicht das Programm von Gotha den früheren programmatischen Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung.

Sozialpolitik

Für die damals aktuellen Tagesbedürfnisse der arbeitenden Menschen werden nun klare soziale Forderungen aufgestellt. Man verlangt "einen den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden normalen Arbeitstag und das Verbot der Sonntagsarbeit".

Man stellt die Forderung nach dem Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

Die sozialpolitischen Vorstellungen der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" gipfeln in den Forderungen nach

"Schutzgesetzen für Leben und Gesundheit der Arbeiter, sanftmütiger Kontrollen der Arbeiterwohnungen, Überwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und der Heimindustrie durch die von Arbeitern gewählten Beamten".

Auch die Einführung eines Haftpflichtgesetzes sowie die völlige Selbständigkeit für die Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen ging nunmehr in die Programmatik der Arbeiterbewegung einer zur Industriegesellschaft drängenden Nation ein.

In der Finanzpolitik befürwortet die Partei in Gotha "eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekter Steuern."

Theorie und Praxis

Es ist interessant, zu beobachten, wie 16 Jahre später die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" 1891 auf dem Parteitag in Erfurt versucht, der ohne Zweifel durch das Gothaer Programm von 1875 beginnenden Isolierung der Arbeiterbewegung Herr zu werden.

Obwohl man noch glaubt, daß die Anzahl der besitzlosen Proletarier im Verlauf der vorwärtsstürmenden Industrialisierung immer größer wird, daß die Mittelschichten, also die Kleinbürger und Bauern, in "Knechtung und Erniedrigung versinken" werden, und trotzdem man noch annimmt, daß die Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln das Heil allen Übels sei, leitet man doch schon über zum Verständnis der Nichtproletarier.

So wird jetzt gesagt, daß die gesellschaftliche Umwandlung nicht nur die Befreiung des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes bedeutet. Man spricht zwar noch von dem "klassenbewußten Arbeiter", dem die Aufgabe gestellt ist, einen bewußten und einheitlichen Kampf zu führen, betont aber gleichzeitig, daß die Partei nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung, eintritt.

Gegen Ausbeutung der Kolonialvölker

Zum ersten Mal taucht auch der Gedanke an die ausgebeuteten Kolonialvölker auf, die zwar nicht ausdrücklich erwähnt werden, denen man jedoch mit folgender Formulierung sagt, daß sie in den Kampf gegen die Ausbeutung einbegriffen sind. Es heißt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht nur gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, sondern gegen "jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, welche sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse auftritt."

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich mit ihrem Programm vom Erfurter Parteitag für den demokratischen Staat, für die Gleichberechtigung der Frau, für unentgeltliche ärztliche Hilfeleistungen sowie für eine stufenweise zu steigende Einkommen- und Vermögensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben ein. Im übrigen fordert das Programm von Erfurt, ebenso wie das von Gotha, die

Arbeitszeitbegrenzung und jetzt schon den A c h t s t u n d e n -
t a g , sowie die Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch
das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

* *
*

Nach dem ersten Weltkrieg

Nach Beendigung des ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der
Monarchie stand die freie deutsche Arbeiterbewegung vor zwei gewaltigen
Aufgaben. Sie mußte, getreu dem Gesetz, unter dem sie angetreten
war, dem neuen demokratischen Staat ihre ganze Kraft geben, um ihn
mit Leben zu erfüllen. Das bedeutete, daß das damals noch vorherrschende
obrigkeitsstaatliche Denken überwunden, breite Kreise des Bürger-
tums an den Staat herangeführt und der Kampf mit den reaktionären Mäch-
ten in Verwaltung, Armee und Wirtschaft aufgenommen werden mußte.

Zugleich mußte die freie deutsche Arbeiterbewegung, repräsen-
tiert durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, auch die Ten-
denzen der zum Kommunismus neigenden Teile der Arbeiterschaft zurück-
drängen, da durch die Revolution in Russland auch im übrigen Europa
gewaltige gesellschaftliche Kräfte in Bewegung geraten waren. Von Mos-
kau aus wollte der Bolschewismus ohne Rücksicht auf die ökonomischen
und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Staaten Westeuropas dem Welt-
proletariat mit allen Mitteln zum Sieg verhelfen.

Vom deutschen Bürgertum hatte die freie deutsche Arbeiterbewe-
gung wenig Hilfe in diesem Zweifrontenkampf zu erwarten: Koalitions-
regierungen mit vorübergehender sozialdemokratischer Beteiligung im
Reich und in einigen Ländern konnten nicht darüber hinwegtäuschen,
daß die Sozialdemokratie in ihrem Bemühen um die Festigung des demo-
kratischen Staates allein blieb.

1921 - Das Programm von Görlitz

So ist auch das 1921 in G ö r l i t z entstandene Programm
zu verstehen und zu werten. Im ersten Teil dieses Programms wird der
damalige Zustand Deutschlands analysiert. Es heißt da:

"Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdikta-
te haben diesen Prozeß (der wirtschaftlichen Ungleich-

heit und Anarchie) noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Armut erweitert. In Industrie- und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegslieferanten und Spekulanten emporhob, senken kleine und mittlere Besitzer, Scharen geistiger Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korruption des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Botmäßigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen."

Man greift in dieser verzweifelten Situation auf das Erfurter Programm zurück, fordert zur Überwindung des dargestellten Zustandes die Überführung von Grund und Boden, der Bodenschätze sowie der natürlichen Kraftquellen der Energieerzeugung "in den Dienst der Volksgemeinschaft". Man verlangt gesetzliche Maßnahmen gegen das Unbenutztlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Auf dieser Linie liegt auch die Forderung nach Kontrolle über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Gleichzeitig wird die "Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten" gefordert.

In den Diskussionen der späteren Zeit ist oft die Frage gestellt worden, ob das Wort "Räteystem" ein Versuch gewesen sei, die linksradikale Forderung nach der "Räte-Republik" zu neutralisieren. Heute darf angenommen werden, daß der analytische Teil des in Görlitz beschlossenen Parteiprogramms sehr zeitbedingt war, und sowohl in der Formulierung wie auch in der Zielrichtung bereits damals den Begriff der "K o n t r o l l e über die anarchisch gewordenen Praktiken der kapitalistischen Wirtschaft" populär machen wollte.

* * *

Der Teil des Görlitzer Programms, der sich mit der praktischen Tagespolitik befaßt, ist äußerst realistisch. Da geht es um die gesetzliche Festlegung des Arbeitstages von höchstens acht Stunden,

die Herabsetzung der Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit,

das Verbot der Nacharbeit von Frauen und Jugendlichen,

die Festlegung eines Jahresurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes

und um ähnliche Dinge, die auch heute noch - natürlich unter veränderten Voraussetzungen - eine große Rolle in der Sozialpolitik spielen.

Zeitgerechte Verfassungs- und Kulturpolitik

In der Verfassungspolitik wird die Ausweitung des Selbstverwaltungswerts der Gemeinden und die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen gefordert. Auch die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel der Überwindung der vorherrschenden privatrechtlichen Rechtsauffassung wird angestrebt.

Die Kultur- und Schulpolitik der SPD stellt das Recht aller Bürger zur Teilnahme an allen Kulturgütern als Leitbild einer modernen Kulturpolitik dar. Die verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung, die Schulaufsicht durch Elternräte sowie die Bildung freier Arbeitsgemeinschaften für Erwachsene sind Teile von Forderungen, die auch heute noch in der modernen Kulturpolitik ihren Niederschlag finden.

Revision des Vertrages von Versailles

Die aussenpolitischen Ziele der deutschen Sozialdemokratie gipfelten im Jahre 1924 in der Forderung nach

"Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterungen und Anerkennung der nationalen Lebensrechte."

Internationale Forderungen der Sozialdemokratie waren die Schaffung eines Völkerbundes, die Beilegung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht, die Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts sowie der völkerrechtliche Schutz aller nationalen Minderheiten. Die internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, die Unter-

stellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes, sowie die Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete sollten die Voraussetzungen für eine gute internationale Zusammenarbeit und die Sicherung des Friedens schaffen.

Heidelberg 1925

Als sich die deutsche Sozialdemokratie 1925 auf ihrem Parteitag in Heidelberg anschickte, der jungen Republik von Weimar durch eine der Zeit angemessene Programmatik neue Impulse zu geben, wand sich das deutsche Reich noch immer in den gerade erst überstürzten Nachkriegsschwierigkeiten. Die Inflation mit dem völligen Zerfall der alten Währung hatte die alte bürgerliche Gesellschaft und deren Vorstellungen vom "gesicherten Leben" in ihren Grundfesten erschüttert. Nur mit Hilfe der freien Arbeiterbewegung war der Separatismus in den Grenzprovinzen erfolgreich überwunden worden, der Rechts- und Linksradikalismus mußte sich auf seine Ausgangspositionen zurückziehen. Aber trotzdem zeigte das Bürgertum der Arbeiterbewegung die kalte Schulter. Die immer noch führenden Gesellschaftsschichten aus der Kaiserzeit waren nicht gewillt, der freien Arbeiterbewegung den ihr nunmehr gebührenden Platz im Staate einzuräumen.

Die unmittelbare Folge dieser Entwicklung war bei vielen aufgeschlossenen Arbeitern ein Gefühl tiefer Enttäuschung. Da auch die sich bürgerlich nennenden Parteien in einer Vielfalt aufgesplittert blieben und Koalitionsregierungen mit der Sozialdemokratie nur in Situationen bildeten, in denen sie sich selbst bedroht fühlten, wuchs in der Sozialdemokratie das Bestreben, einen eigenen und festen Standort zu beziehen.

Die schon 1921 auf dem Parteitag in Görlitz getroffenen Feststellungen zur Nachkriegssituation mußten trotz der inzwischen eingetretenen Stabilisierung der Währung wiederholt werden. Im Prinzipiellen blieben daher die Forderungen nach Sozialisierung und Beseitigung der Klassenprivilegien bestehen. Mit sehr radikal klingenden Formulierungen wird der Ausweg aus dieser Situation in der "Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion" angestrebt, da "dann erst die"

Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen werde".

Man rechnet also mit der Automatik der gesellschaftlichen Entwicklung, ohne zu bedenken, daß bei allgemein steigender Wirtschaftskraft auch der Anteil der Arbeitnehmer bei richtiger Ausnutzung der in der Demokratie gegebenen Freiheiten zu steigern ist und das gesellschaftliche Bild wandeln wird.

Der Weg zum sozialer Rechtsstaat

Im Aktionsprogramm von Heidelberg geht es jedoch im wesentlichen um die Tagespolitik. Man fordert die Demokratisierung der Verwaltung und die Festigung der Selbstverwaltungskörperschaften. Im Strafrecht wird die Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung gefordert.

Wie sehr damals schon ein auch noch aktuelles Problem die Sozialdemokratie bewegte, zeigt die Forderung nach Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe während des Untersuchungsverfahrens.

In der Sozialpolitik werden Forderungen von Görlitz wiederholt.

Gesundheitspolitisch wird jetzt auf eine umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahme auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt Wert gelegt. Selbständige Arbeitsgerichte, ein einheitliches Arbeitsrecht sowie die Vereinheitlichung der Sozialversicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge mit Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen zeigen Ziele auf, u n d i e r e n V e r w i r k l i c h u n g n o c h h e u t e g e r u n g e n w i r d .

In der Kultur- und Schulpolitik wird die einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen sowie der einheitliche Auf- und Ausbau des Schulsystems und die Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen gefordert.

Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik erscheinen im Aktionsprogramm von Heidelberg als der Versuch zur Überwindung der Vorherrschaft monopolistisch-kapitalistischer Einflüsse. So verlangt der Parteitag eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf-

gebaut ist. Die gleichmässige und einheitliche Steuerveranlegung mit Offenlegung der Steuerlisten sowie die wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, die stärkste Schonung des Massenverbrauchs und die Beseitigung der Umsatzsteuer werden ebenso als Mittel der Einflußnahme auf die Gesamtwirtschaft angesehen, wie die Forderung nach Kontrolle der Reichsgewalt über die kapitalistischen Interessengemeinschaften.

Als besonderer Programmpunkt erscheint auch die Forderung nach Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft sowie nach Förderung des Siedlungswesens.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an der Organisation der Wirtschaft soll unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften ausgebaut werden. Selbstverständlich finden sich auch im Heidelberger Programm die Forderungen zur Erweiterung des Gemeinnützigen Wohnungsbaues und der Bekämpfung des Bauwuchers.

Richtungweisende Forderungen zur Aussenpolitik

Richtungweisend sind die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie zur internationalen Politik. Ihrer auch heute noch aktuellen Bedeutung entsprechend, sei nachfolgender Satz zitiert:

"Die SPD tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen. Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten. Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung. Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur. Sie verlangt die internationale Abrüstung. Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen."

Gerade der letzte Absatz macht deutlich, wie vorausschauend die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1925 die Möglichkeiten einer internationalen Friedenspolitik formulierte.

Der Begriff "Schaffung der europäischen Völkereinheit" ist in Deutschland damals zum ersten Male von der Sozialdemokratie geprägt worden. Auch die "Vereinigten Staaten von Europa", als Basis für

eine Politik der Interessensolidarität der Völker aller Kontinente, ist in gewissem Sinne der Vorläufer der erst nach dem zweiten Weltkrieg real gewordenen Organisation der Vereinten Nationen, der UNO.

Das Ende der ersten deutschen Demokratie

In den Jahren nach dem Parteitag von Heidelberg konnte die SPD zwar ihre Position im Staat festigen, blieb jedoch auch zu Beginn der großen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 in ihrem Bemühen um die Erhaltung der Demokratie allein. Die große Arbeitslosigkeit (Sechse Millionen Arbeitslose 1932!) ließ Rechts- und Linksradikalismus anwachsen, während die bürgerlichen Parteien nach wie vor in hoffnungsloser Zersplitterung verblieben. Kommunisten und Nationalsozialisten schlossen sich gelegentlich zu Bündnissen gegen demokratische Länderregierungen zusammen und überboten sich gegenseitig in pseudosozialistischen Forderungen.

In dieser Zeit konnte die Sozialdemokratie ihr Programm von Heidelberg kaum weiter entwickeln; ihre ganze Kraft mußte sich auf die Bewältigung tagespolitischer Aufgaben konzentrieren.

Als alle Parteien der Mitte und der Rechten schließlich Hitlers "Ermächtigungsgesetz" zustimmten (23. März 1933), die Sozialdemokratische Partei verboten wurde und in Deutschland die brutale Diktatur herrschte, mußte die SPD in die Illegalität gehen. Der Parteivorstand etablierte sich zunächst in Prag, später in Paris und schließlich in London.

Während der Hitler-Diktatur konnte der Parteivorstand nur stellvertretend für die verbotene Sozialdemokratie sprechen. Seine Verlautbarungen sind historische Dokumente der unverbrüchlichen Treue und Verbundenheit der SPD zum deutschen Volk. Die Stellungnahmen und programmatischen Erklärungen der SPD aus dieser Zeit gipfeln stets in der Forderung an die anderen Völker und später an die gegen Deutschland kriegführenden Mächte, sie sollten das deutsche Volk nicht für die Verbrechen des Nazi-Regimes kollektiv verantwortlich machen, dem deutschen Volk wieder zu seinem Selbstbestimmungsrecht verhelfen und mitwirken an der demokratischen Neuordnung Deutschlands nach der vor auszusehenden militärischen Niederlage Hitlers.

Nach 1945 - "Aktionsprogramme"

Die ersten Programme der SPD nach 1945 sind im wahrsten Sinne des Wortes "Aktionsprogramme", deren Wert hauptsächlich wiederum in dem Bemühen um die Bewältigung von drängenden Tagesaufgaben der Nachkriegszeit liegt.

Aber bald nach der Währungsreform im Jahre 1948, die im westlichen Teil Deutschlands eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge hatte, setzte sich in der sozialdemokratischen Partei der Wille durch, in einer sich neu bildenden Umwelt auch die Programmatik der Partei neu zu formulieren. Die Teilung Deutschlands und die sowjetische Politik gegenüber dem Westen hatten deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik für lange Zeit stellvertretend für das ganze Deutschland eigene Formen des gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebens entwickeln würde. Die kommunistische Theorie und Praxis mit ihrer Pervertierung des Begriffs "Sozialismus" und die Tatsache, daß der moderne Kapitalismus mit größerer Beweglichkeit als der Kapitalismus in den Jahrzehnten der Industrialisierung Deutschlands operierte, führte auch zu einer Umwandlung des Gesellschaftsbewußtseins der Mehrheit der arbeitenden Menschen. Die Begriffe "links" und "rechts" liessen sich nicht mehr wie früher klar voneinander abgrenzen. Es wurde immer deutlicher, daß der demokratische Sozialismus seine selbständige politische Aufgabe in der Frägung des Freiheitsideals erkennen mußte, wenn er den Aufgaben der Gegenwart gerecht werden wollte.

Das Grundsatzprogramm von Godesberg

Dieses Ideal findet dann nach langen parteiinternen Diskussionen, die sich über mehrere Jahre hinzogen, im Godesberger Grundsatzprogramm (1959) seinen Ausdruck.

Es heißt da:

"Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken."

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens."

Demokratie als Staats- und Lebensordnung

Die klare Feststellung, daß der demokratische Sozialismus die Diktatur Widerstand leistet und in der Wahrung der Menschenwürde eine seiner Grundforderungen erblickt, wird in Godesberg wie folgt formuliert:

"Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt. Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. - Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen.

Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielgestaltiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt. - Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Ein entscheidendes Mittel dazu ist politische Bildung im weitesten Sinne. Sie ist ein wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit."

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Willens."

Demokratie als Staats- und Lebensordnung

Die klare Feststellung, daß der demokratische Sozialismus j e d e r Diktatur Widerstand leistet und in der Wahrung der Menschenwürde eine seiner Grundforderungen erblickt, wird in Godesberg wie folgt formuliert:

"Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. Wir widerstehen j e d e r Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt. Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. - Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen.

Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrängen. Nur ein vielgestaltiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt. - Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Ein entscheidendes Mittel dazu ist politische Bildung im weitesten Sinne. Sie ist ein wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit."

"Eigentum und Macht"

Natürlich wissen die Sozialdemokraten, daß noch so gut formulier- te Idealvorstellungen nicht verwirklicht werden können, wenn der po- litische und ökonomische Unterbau des Staates nicht gesichert ist. Deshalb wird im Godesberger Grundsatzprogramm unter dem Kapitel "Ei- gentum und Macht" folgendes ausgesagt:

"Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationspro- zeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entschei- dend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebens- standards, sie verändern auch die Struktur von Wirt- schaft und Gesellschaft. - Wer in der Großorganisa- tionen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwer- te und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Ange- stellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hin- aus. - Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher. - Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Köpfer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokra- tischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpie- ren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu poli- tischer Macht. - Diese Entwicklung ist eine Herausforde- rung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Ge- rechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspoli- tik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mäch- tiger Interessengruppen werden.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsunfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Groß- unternehmen bestehen können. - Wettbewerb durch öffent- liche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Ver- hütung privater Marktbeherrschung. Durch solche Unterneh- men soll den Interessen der Allgemeinheit Geltung ver- schafft werden. Sie werden dort zur Notwendigkeit, wo aus natürlichen oder technischen Gründen unerläßliche Leistun- gen für die Allgemeinheit nur unter Ausschluß eines Wettbe- werbes wirtschaftlich vernünftig erbracht werden können. -

Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich an Bedarf und nicht am privaten Erwerbaleben orientieren, wirken preisregulierend und helfen dem Verbraucher. Sie erfüllen eine wertvolle Funktion in der demokratischen Gesellschaft und haben Anspruch auf Förderung. - Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstruktur der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen, damit die öffentliche Meinung gegen Machtmißbrauch mobilisiert werden kann.

Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht grosser Wirtschaftskräfte. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.

Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich. Deshalb soll das Gemeineigentum nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung geordnet werden. In seinen Verwaltungsorganen müssen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ebenso wie das öffentliche Interesse und das der Verbraucher vertreten sein. Nicht durch zentrale Bürokratie, sondern durch verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient."

Religion und Kirche

Jahrzehntelang hat sich die sozialistische Bewegung mit dem Religionsbegriff und den Kirchen auseinandersetzen müssen. In dieser Zeit ist auf beiden Seiten manches harte Wort gesprochen worden. Das Gössberger Programm macht den Weg aus der früheren Verkrampfung frei und formuliert das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Religion und Kirche wie folgt:

"Nur gegenseitige Toleranz, die im Andersgläubigen und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben."

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz. - Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

SPD - eine moderne, der Gegenwart und Zukunft zugewandte Partei

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer hundertjährigen Geschichte den Weg zur Sicherung der Menschenwürde, der Freiheit des Geistes und der sozialen Gerechtigkeit konsequent weiter verfolgt. Ihre Irrungen erweisen sich in historischer Betrachtung stets als Prüfsteine und Wegmarkierungen, an denen sie ihr eigenes Wesen wiederfindet. Da sie eine demokratische Mitgliederpartei ist, in der neue Gedanken mit den Erfahrungen der Vergangenheit ständig konfrontiert werden, bleibt sie stets eine moderne, der Gegenwart und Zukunft zugewandte Partei. Die Meinungsbildung formt sich gleichermaßen von unten nach oben und von oben nach unten, so daß schließlich eine große Gemeinschaft, die auch in Zeiten der Erschütterung und des Niederganges nicht zerstört werden konnte, entstand.

So ist das Sozialistengesetz unter Bismarck im vorigen Jahrhundert zu einer Periode der größten Stärkung der Partei geworden. Der erste Weltkrieg und die Niederlage Deutschlands mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs forderte die Sozialdemokratie zu einem Neubeginn heraus. Als schließlich die Macht der Hitler-Diktatur über Deutschland niederging, als tausende Sozialdemokraten in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt wurden, als viele ihr Leben für ihre politische Überzeugung opfern mußten, ist diese Partei nicht zerbrochen. Als einzige politische Gruppe unseres Volkes konnte die SPD nach 1945, unbefleckt vor der Vergangenheit, mit gleichem Namen wieder auftreten. Sie ist dadurch ein Stück deutscher Geschichte geworden und vor allem die politische Repräsentation d e s Teiles unseres Volkes, ohne den keine deutsche Demokratie existieren kann.

Ihre Kraft findet die deutsche Sozialdemokratie immer wieder in dem Gesetz, unter dem sie angetreten ist: "Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren."